

E 2300 Washington 4

*Le Consul général de Suisse à Washington, J. Hitz, au Conseil fédéral*

RP

Washington, 1. Februar 1867

Wieder eine Woche entschwunden, und immer noch dieselbe trübe Aussicht in Politik, in der Natur, auf Handel und Gewerbe. Ja, letztere zwei Faktoren haben sich noch bedeutend verschlimmert. Der anhaltend strenge Winter, ferner die Vernachlässigung der nöthigen finanziellen Gesetzgebung von Seite des Congresses üben ihre Wirkungen in sehr bedauerlichem Masse aus. Die Wahrheit dieser Angabe über Abnahme des Verkehrs und der gewerblichen Thätigkeit erklärt sich nicht blos durch die Arbeitslosigkeit vieler tausend sonst fleissiger Menschenhände, sondern sie wird besonders auffallend bestätigt durch die entscheidende Abnahme der Inlandsteuer, deren *tägliches* Ergebniss von einer Million Dollars (im Herbst 1866) auf circa 4—500 000 Dollars gefallen ist!

Augenscheinlich ist auch der Congress auf diese unangenehmen Thatsachen aufmerksam geworden, oder ist von seinen Freunden und Anhängern überall im

Lande, durch die Presse und auf andere Weise aufmerksam gemacht worden; denn die Verhandlungen zeigen, dass viele der extremen Ansichten & Pläne der Leiter durch diese Umstände nicht ausgeführt werden können. So hat Hr. Stevens, der beiläufig erwähnt, im Heimatstaat Pennsylvanien dem bekannten Hr. Cameron, sr. Zt. Kriegsminister unter Präsident Lincoln, im Kampf um die Senatorenstelle erlegen ist, im Hause mit seinem Gesetzesvorschlage, die südlichen Staaten gänzlich in Territorien umzuwandeln und dem Congress unterzuordnen, eine gefährliche Niederlage erlitten, & die Bill wurde an das Rekonstruktions Comité verwiesen.

Der Justizausschuss hat die Untersuchungen in Betreff der Anklage noch nicht an die Hand genommen, und mittler weile andere Aufträge erhalten, die seine Zeit mehr als genügend in Anspruch nehmen werden. Die Richtigkeit der Vermuthung, dass es während der Dauer dieses Congresses zu einer Anklage wider den Präsidenten nicht kommen werde, unterliegt kaum noch dem geringsten Zweifel. Es zeigt sich überhaupt zur Zeit eine Art Abspannung im politischen Leben, und wohl werden dazu die materiellen Übelstände des Landes, Nord wie Süd, gewirkt haben. In einem meiner letzten politischen Berichte erwähnte ich des vorgeschlagenen Zolltarifs; auch dieser erleidet im Senate, wo gegenwärtig darüber berathen wird, heftigen Widerstand; die Protektionisten mit ihrer unersättlichen Habgier, mit welcher sie, ohne Rücksicht auf die Lähmung gewisser wichtiger Industriezweige, unter anderem der Schiffbauer, bloss ihren eigenen Vortheil zu wahren trachten und noch über die vom Steuer Commissär Wells angerathenen, gewiss hoch genug berechneten Ansätze zu gehen suchen, werden wahrscheinlich ebenfalls eine Niederlage erleiden; denn allgemein *ohne Unterschied der Parthei*, sind die Reklamationen gegen solche ungerechte Gesetzgeberei zu Gunsten einiger Weniger, zum Nachtheil und ungeheuren Schaden hingegen des Ganzen.

Präsident Johnson, während er dem Gesetze über Versammlung des Congresses (des 40sten) und der nachfolgenden, seine Genehmigung ertheilt hat, hat hingegen in zwei Botschaften die Gesetze über die Aufnahme der Staaten Nebraska und Colorado dem Senate ohne seine Unterschrift zurückgesandt; und ich muss die in meinem Lezten<sup>1</sup> ausgesprochene Ansicht, dass diese Vetos ohne Effekt sein werden, dieses Mal zurücknehmen! Es ist höchst zweifelhaft, dass, irgend eines dieser Gesetze die nöthige Zweidrittel-Mehrheit im Senat oder Haus erhalten wird, so ändern sich plötzlich die Ansichten!

Die Einwände des Präsidenten, obwohl sie allerdings würdig dargelegt & nicht ohne ihren richtigen Werth sind, würden dieses Resultat nicht hervorgebracht haben, aber die öffentliche Meinung ist dagegen, dass der Bewilligung jener Territorien vom *Congresse* gewisse Bedingungen vorgeschrieben werden, welche sonst den Staaten und ihrer Bevölkerung reservirt waren. Vielen der Senatoren & Repräsentanten sind aber selbst diese Bedingungen noch nicht umfassend genug, und so wird sich aus diesen verschiedenen Gründen, eine genügend starke Minderheit bilden, dem Veto des Präsidenten Bestätigung zu verschaffen. Die Debatten werden übrigens häufig im Hause mit grosser, gegenseitiger Erbitterung geführt und die parlamentarische Ordnung ist hier zu Lande der Art, dass sie nicht selten zu empörendster Unordnung und ungemüthlichster Anarchie ausartet. So

---

1. Du 18 janvier 1867, non reproduit.

bot auch der Senat einen nichts weniger als erfreulichen Anblick, als Herr Sumner den Präsidenten für einen Feind des Vaterlandes erklärte und von Anhängern desselben dafür zur Ordnung gerufen wurde.

Mit den gedrückten Handels- und Gewerbe-Verhältnissen geht Hand in Hand auch die Abnahme der Einwanderung, im Vergleiche mit Januar 1866 um die Hälfte, es ist dies jedoch ein negativer Vortheil aller Partheien; denn die Verhältnisse sind der Art, dass Einwanderer, sollten solche ohne Mittel anlangen, dem Lande unwillkürlich zur Last fallen würden, indem ja nicht genug Beschäftigung für hier wohnende Arbeiter vorhanden ist. Vielleicht dass mit Beginn des Frühlings, der jedenfalls uns nahe rückt, die Zustände besser werden. Augenblicklich sieht die Zukunft sehr düster aus. Wir leben hier und leiden an den Folgen der Rebellion und der damals herbeigeführten Zerrüttung der Nationalfinanzen und Überschwemmung mit papiernen Zahlungsmitteln. Es sind Zustände, die früher oder später hereinbrechen mussten und welche durch congressionelle Gesetzgebung allerdings sehr gemildert, aber nicht verhindert werden konnten.

Die Einwanderung von 1866 vertheilt sich auf folgende Nationalitäten: Deutsche 108'840; Irländer 84212; Engländer 24017; Schotten 2420; Walliser 320; Franzosen 4560; Schweizer 4712; Schweden 3619; Verschiedene Nationen 1017 Personen.